S 34 R 166/18 ZV zuvor: S 24 R 166/18 ZV

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Jahresendprämie – Glaubhaftmachung – Mindesthöhe
Leitsätze	Nach Ausschöpfung aller im konkreten Einzelfall gebotenen Ermittlungen kommt in Konstellationen der Glaubhaftmachung des Zuflusses von dem Grunde nach glaubhaft gemachten Jahresendprämien die Glaubhaftmachung von Jahresendprämien in einer Mindesthöhe von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes des einzelnen Beschäftigten in Betracht. Dies gilt nur für die Zeit von Juli 1968 bis Dezember 1982 und damit für die Planjahre von 1968 bis 1982.
Normenkette	AAÜG §§ 5 Abs. 1 Satz 1, 6 Abs. 1, 6 Abs. 6 , SGB X § 23 Abs. 1 Satz 2 , SGG § 128 Abs. 1 Satz 2
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 34 R 166/18 ZV zuvor: S 24 R 166/18 ZV
Datum	20.07.2022
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 7 R 404/22 ZV
Datum	22.05.2023
3. Instanz	
Datum	24.11.2023

1. Auf die Berufung des Klägers wird der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 20. Juli 2022 abgeändert. Die Beklagte wird, unter Aufhebung des Überprüfungsablehnungsbescheides vom 4. August 2017 in der

Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 2. Januar 2018, verurteilt, den Feststellungsbescheid vom 25. Juni 2004 in der Fassung des Neufeststellungsbescheides vom 3. März 2010 dahingehend abzuändern, dass für die Jahre 1976 bis 1983 weitere Arbeitsentgelte des Klägers wegen zu berücksichtigender Jahresendprämienzahlungen im Rahmen der bereits festgestellten Zusatzversorgungszeiten der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe wie folgt festzustellen sind:

Für das Jahr: Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â

1976	55,55 Mark
1977	161,23 Mark
1978	166,67 Mark
1979	166,67 Mark
1980	166,67 Mark
1981	160,72 Mark
1982	166,67 Mark
1983	166,67 Mark

Â

Im Äbrigen wird die Berufung zurückgewiesen.

Â

2. Die Beklagte erstattet dem Kläger dessen notwendige außergerichtliche Kosten zu einem Viertel.

Â

3. Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand:

Â

Die Beteiligten streiten im Rahmen eines Überprüfungsverfahrens über die Verpflichtung der Beklagten weitere Entgelte des Klägers für Zeiten der Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz für die Jahre 1976 bis 1990 (Zuflussjahre) in Form von Jahresendprämien festzustellen.

Â

Der 1949 geborene Kläger ist, nach erfolgreichem Abschluss eines im Zeitraum

von September 1972 bis August 1975 absolvierten Fachschulstudiums in der Fachrichtung „Betriebsingenieure/Instandhaltung“ an der Ingenieurschule f¼r Walzwerk- und H¼ttentechnik Z., seit 25. Juli 1975 berechtigt, die Berufsbezeichnung „Betriebsingenieur/Instandhaltung“ zu f¼hren. Er war vom 1. September 1975 bis 30. Juni 1990 (sowie dar¼ber hinaus) als Hauptmechaniker, Direktor f¼r Technik sowie Abteilungsleiter Instandhaltung/Grundfonds im volkseigenen Betrieb (VEB) Y. A Lederwarenfabrik A. besch¼ftigt. Er erhielt zu Zeiten der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) keine Versorgungszusage und war nicht in ein Zusatzversorgungssystem der Anlage 1 zum Anspruchs- und Anwartschafts¼berf¼hrungsgesetz (AA¼G) einbezogen.

Ä

Am 21. November 2002 beantragte der Kl¼ger die Ä¼berf¼hrung von Zusatzversorgungsanwartschaften und legte eine (nicht mehr vorhandene und vom Kl¼ger auch nicht mehr vorlegbare) Entgeltbescheinigung vor. Mit Bescheid vom 25. Juni 2004 stellte die Beklagte die Anwendbarkeit von Â§ 1 AA¼G, die Besch¼ftigungszeiten des Kl¼gers vom 1. September 1975 bis 30. Juni 1990 als „nachgewiesene Zeiten“ der zus¼tzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz (= Zusatzversorgungssystem Nr. 1 der Anlage 1 zum AA¼G) sowie die in diesen Zeitr¼umen jeweils erzielten Arbeitsentgelte, vermutlich auf der Grundlage der (damals vorhandenen) Entgeltbescheinigung, fest.

Ä

Mit Ä¼berpr¼fungsantrag vom 8. Februar 2008 begehrte der Kl¼ger erstmals die Ber¼cksichtigung von Jahresendpr¼mien bei den festgestellten Arbeitsentgelten entsprechend der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) und legte einen eigenen Jahresendpr¼miennachweis vom 21. Februar 1984 (¼ber den Bezug einer Jahresendpr¼mie f¼r das Planjahr 1983 in H¼he von 1.325,00 Mark) vor; ¼ber weitere Nachweise verf¼gte er nicht. Die Beklagte fragte daraufhin bei der Rhenus Office Systems GmbH nach dem Vorliegen von (weiteren) Jahresendpr¼miennachweisen des Kl¼gers an. Die Rhenus Office Systems GmbH teilte mit Schreiben vom 17. Februar 2010 mit, dass in Bezug auf den Kl¼ger f¼r den Zeitraum von September 1975 bis Juni 1990 keine Nachweise zu Pr¼mienzahlungen vorhanden sind.

Ä

Mit Bescheid vom 3. M¼rz 2010 stellte die Beklagte abermals die Anwendbarkeit von Â§ 1 AA¼G, erneut die Besch¼ftigungszeiten des Kl¼gers vom 1. September 1975 bis 30. Juni 1990 als „nachgewiesene Zeiten“ der zus¼tzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz (= Zusatzversorgungssystem Nr. 1 der Anlage 1 zum AA¼G) sowie die in diesen Zeitr¼umen jeweils erzielten Arbeitsentgelte fest. Dabei stellte sie f¼r das Jahr 1984 ein h¼heres Entgelt (in H¼he von 1.325,00 Mark) wegen der vom Kl¼ger nachgewiesenen Jahresendpr¼mie fest. Die Feststellung weiterer (h¼herer) Arbeitsentgelte f¼r

die Jahre 1975 bis 1983 sowie 1985 bis 1990 lehnte sie hingegen mit der Begründung ab, der Zufluss höherer Entgelte sei weder nachgewiesen, noch glaubhaft gemacht worden. Den bisherigen Bescheid (vom 25. Juni 2004) hob sie, soweit er entgegenstand, auf.

Ä

Mit Überprüfungsantrag vom 17. Januar 2017 (Eingang bei der Beklagten am 19. Januar 2017) begehrte der Kläger abermals die Berücksichtigung von Jahresendprämien (für die Jahre 1975 bis 1990) bei den festgestellten Arbeitsentgelten und legte diverse arbeitsvertragliche Unterlagen sowie im Laufe des Verfahrens zwei schriftliche Zeugenerklärungen von W. vom 1. Juni 2017 sowie von V. vom 13. Juli 2017 vor, in denen jeweils nur ausgeführt ist, dass der Kläger als Hauptmechaniker beschäftigt war.

Ä

Den Überprüfungsantrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 4. August 2017 ab.

Ä

Hiergegen legte der Kläger mit Schreiben vom 16. August 2017 (Eingang bei der Beklagten am 17. August 2017) Widerspruch ein und begehrte weiterhin die Anerkennung von Jahresendprämien. Im Laufe des Widerspruchsverfahrens legte er eine schriftliche Zeugenerklärung von W. vom 20. November 2017 vor, in der ausgeführt ist, dass der Betrieb von 1970 bis 1990 jährlich eine Jahresendprämie auszahlte.

Ä

Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 2. Januar 2018 als unbegründet zurück. Zur Begründung führte sie aus: Der Zufluss und die Höhe der begehrten weiteren Arbeitsentgelte in Form von Jahresendprämien sei weder nachgewiesen noch glaubhaft gemacht worden. Die Höhe der Jahresendprämien des Einzelnen sei von einer Vielzahl von Faktoren abhängig gewesen, die heute ohne entsprechende Unterlagen nicht mehr nachvollzogen werden könnten. Eine pauschale Berücksichtigung der Prämien könne daher nicht erfolgen. Allgemeine Zeugenerklärungen seien nicht ausreichend.

Ä

Hiergegen erhob der Kläger am 5. Februar 2018 Klage zum Sozialgericht Dresden (im Verfahren S 24 R 166/18 ZV) und begehrte weiterhin die Berücksichtigung von Jahresendprämien für die Jahre 1975 bis 1990 als glaubhaft gemachte Entgelte. Zur Glaubhaftmachung legte er Auskünfte des Sächsischen Staatsarchivs Dresden vom 27. Februar 2018 und vom 2. Februar 2022 sowie schriftliche Zeugenerklärungen von U. vom 10. Januar 2022 und von T. vom 19.

April 2022 vor.

Â

Das Sozialgericht Dresden hat die Klage â nach Einholung von schriftlichen Zeugenauskunften von Sâ. Â vom 7. März 2022, von Vâ. Â vom 14. März 2022, von Wâ. Â vom 15. März 2022 und von Tâ. Â vom 9. Mai 2022 â mit Gerichtsbescheid vom 20. Juli 2022 (im Verfahren S 34 R 166/18 ZV) abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt: Zufluss und Höhe der begehrten Jahresendprämien habe der Kläger weder nachgewiesen, noch glaubhaft gemacht. Über Unterlagen verfüge er nicht. Auch die Zeugen hätten zur Höhe der Jahresendprämien keine substantiierten Angaben gemacht. Allgemeine Erklärungen seien nicht ausreichend. Eine Mindestjahresendprämie hätten die DDR-Regelungen nicht vorgesehen. Die Festsetzung einer Mindesthöhe von Jahresendprämien sei unzulässig, da sie die tatsächliche Prämienhöhe in keiner Weise widerspiegele.

Â

Gegen den am 22. Juli 2022 zugestellten Gerichtsbescheid hat der Kläger am 22. August 2022 Berufung eingelegt, mit der er sein Begehren nach Feststellung von Jahresendprämien für die Jahre 1976 bis 1990 (Zuflussjahre), zumindest in der Mindesthöhe, weiterverfolgt. Die Zeugen hätten die Jahresendprämienhöhe bestätigt. Außerdem habe er für das Jahr 1983 seine Jahresendprämienhöhe nachgewiesen, sodass diese danach in der gleichen Höhe weiterzuzahlen gewesen sei.

Â

Der Kläger beantragt â sinngemäß und sachdienlich gefasst â,

Â

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 20. Juli 2022 aufzuheben und die Beklagte, unter Aufhebung des Überprüfungsablehnungsbescheides vom 4. August 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 2. Januar 2018, zu verurteilen, den Feststellungsbescheid vom 25. Juni 2004 in der Fassung des Feststellungsbescheides vom 3. März 2010 abzuändern und Jahresendprämien für die Zuflussjahre 1976 bis 1990 als zusätzliche Entgelte im Rahmen der nachgewiesenen Zusatzversorgungszeiten, zumindest in der Mindesthöhe, festzustellen.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

die Berufung zur^{1/4}ckzuweisen.

Â

Sie h^{1/4}lt den angefochtenen Gerichtsbescheid f^{1/4}r zutreffend und f^{1/4}hrt erg^{1/4}nzend aus: Die Gew^{1/4}hrung einer Jahresendpr^{1/4}mie sei auch in einer Mindesth^{1/4}he rechtlich nicht zul^{1/4}ssig. Die Pr^{1/4}mienverordnungen der DDR h^{1/4}tten keine individuelle Mindesth^{1/4}he einer Jahresendpr^{1/4}mie vorgesehen. Das unzul^{1/4}ssige Sch^{1/4}tzergebnis w^{1/4}rde nur mit einem anderen Namen versehen. Die blo^{1/4} einfache M^{1/4}glichkeit, dass den Anspruchsstellern Arbeitsentgelt im Minimum zugeflossen sei, gen^{1/4}ge keinesfalls. Ein solches Ergebnis beruhe haupts^{1/4}chlich auf Annahmen. Die Vorgehensweise des 5. und 7. Senats des S^{1/4}chsischen Landessozialgerichts sei mit den rechtlichen Regularien unvereinbar. So habe sich der 4. Senat des S^{1/4}chsischen Landessozialgerichts nun auch ^{1/4}rechtsf^{1/4}rmlich^{1/4} mit seinen Entscheidungen vom 21. April 2020 (in den Verfahren [L 4 R 703/19 ZV](#) und [L 4 R 461/19 ZV](#)) gegen die ^{1/4}Mindest-JEP^{1/4}-Judikatur des 7. Senats des S^{1/4}chsischen Landessozialgerichts gestellt. Ebenso habe sich bereits das Bayerische Landessozialgericht ^{1/4}als erstes Obergericht^{1/4} mit rechtskr^{1/4}ftigem Urteil vom 24. Oktober 2019 (im Verfahren [L 1 RS 2/16](#)) positioniert. Im ^{1/4}brigen habe das Landessozialgericht Berlin/Brandenburg mit Urteilen vom 10. M^{1/4}rz 2022 (im Verfahren L 17 R 471/19) und vom 24. M^{1/4}rz 2022 (im Verfahren [L 17 R 360/19](#)) ihre Ansicht gest^{1/4}rkt, sodass sie sich deren Begr^{1/4}ndungen zu eigen mache und zum Gegenstand ihrer Berufungserwiderung erkl^{1/4}re.

Â

Das Gericht hat arbeitsvertragliche Unterlagen vom Kl^{1/4}ger beigezogen.

Â

Mit Schrifts^{1/4}tzen vom 14. M^{1/4}rz 2023 (Beklagte) sowie vom 17. M^{1/4}rz 2023 (Kl^{1/4}ger) haben die Beteiligten jeweils ihr Einverst^{1/4}ndnis zur Entscheidung des Rechtsstreits durch Urteil ohne m^{1/4}ndliche Verhandlung erkl^{1/4}rt.

Â

Dem Gericht haben die Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Gerichtsakten beider Rechtsz^{1/4}ge vorgelegen. Zur Erg^{1/4}nzung des Sach- und Streitstandes wird hierauf insgesamt Bezug genommen.

Â

Entscheidungsgr^{1/4}nde:

Â

I.

Der Senat konnte ohne mündliche Verhandlung durch Urteil entscheiden, weil die Beteiligten sich hiermit einverstanden erklärt haben ([Â§ 153 Abs. 1](#) in Verbindung mit [Â§ 124 Abs. 2](#) des Sozialgerichtsgesetzes [SGG]).

Â

II.

Die statthafte und zulässige Berufung des Klägers ist teilweise begründet, weil das Sozialgericht Dresden die Klage teilweise zu Unrecht abgewiesen hat. Denn der Kläger hat in dem tenorierten Umfang Anspruch auf Feststellung zusätzlicher, ihm in den Jahren 1976 bis 1983 zugeflossener, weiterer Arbeitsentgelte wegen zu berücksichtigender Jahresendprämienzahlungen im Rahmen der bereits mit Bescheid vom 25. Juni 2004 in der Fassung des Bescheides vom 3. März 2010 festgestellten Zeiten der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben. Unbegründet hingegen ist die Berufung des Klägers soweit er Jahresendprämien auch für die Zufussjahre 1984 bis 1990 begehrt.

Â

Der Ablehnungsbescheid der Beklagten vom 4. August 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 2. Januar 2018 ([Â§ 95 SGG](#)) ist (teilweise) rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten ([Â§ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG](#)), weil mit dem Feststellungsbescheid vom 25. Juni 2004 in der Fassung des Feststellungsbescheides vom 3. März 2010 das Recht (teilweise) unrichtig angewandt bzw. von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich (teilweise) als unrichtig erweist ([Â§ 44](#) des Zehntes Buches Sozialgesetzbuch [SGB X]). Deshalb waren der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Dresden vom 20. Juli 2022 abzuändern, der Ablehnungsbescheid der Beklagten vom 4. August 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 2. Januar 2018 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, den Feststellungsbescheid vom 25. Juni 2004 in der Fassung des Feststellungsbescheides vom 3. März 2010 dahingehend abzuändern, dass für die Jahre 1976 bis 1983 weitere Arbeitsentgelte wegen zu berücksichtigender Jahresendprämienzahlungen im Rahmen der bereits festgestellten Zusatzversorgungszeiten der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe, wie tenoriert, festzustellen sind. Soweit der Kläger höhere, als die tenorierten, Entgelte wegen zu berücksichtigender Jahresendprämien sowie Jahresendprämien auch für die Zufussjahre 1984 bis 1990 begehrt, war die Berufung im übrigen zurückzuweisen.

Â

Nach [Â§ 44 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 SGB X](#), der nach [Â§ 8 Abs. 3 Satz 2 AAÖG](#) anwendbar ist, gilt: Soweit sich im Einzelfall ergibt, dass bei Erlass eines Verwaltungsaktes das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb

Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht oder Beiträge zu Unrecht erhoben worden sind, ist der Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen. Im Übrigen ist ein rechtswidriger, nicht begünstigender Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft zurückzunehmen. Er kann auch für die Vergangenheit zurückgenommen werden.

Ä

Diese Voraussetzungen liegen vor, denn der Feststellungsbescheid der Beklagten vom 25. Juni 2004 in der Fassung des Feststellungsbescheides vom 3. März 2010 ist teilweise rechtswidrig.

Ä

Nach § 8 Abs. 1 AAöG hat die Beklagte als der unter anderem für das Zusatzversorgungssystem der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe zuständige Versorgungsträger in einem dem Vormerkungsverfahren ([§ 149](#) des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch [SGB VI]) ähnlichen Verfahren durch jeweils einzelne Verwaltungsakte bestimmte Feststellungen zu treffen. Vorliegend hat die Beklagte mit dem Feststellungsbescheid vom 25. Juni 2004 in der Fassung des Feststellungsbescheides vom 3. März 2010 Zeiten der Zugehörigkeit zum Zusatzversorgungssystem Nr. 1 der Anlage 1 zum AAöG (vgl. § 5 AAöG) sowie die während dieser Zeiten erzielten Arbeitsentgelte festgestellt (§ 8 Abs. 1 Satz 2 AAöG). Jahresendprämien hat sie jedoch zu Unrecht teilweise nicht berücksichtigt.

Ä

Soweit der Kläger eine Jahresendprämie auch für das Planjahr 1983 und damit für das Zuflussjahr 1984 begehrt, ist darauf hinzuweisen, dass ein solcher Anspruch von vornherein nicht besteht. Hinsichtlich des Zuflussjahrs 1984 ist die Berufung bereits deshalb unbegründet, weil die Klage insoweit bereits unzulässig ist. Denn hinsichtlich des Zuflussjahrs 1984 besteht für eine gerichtliche Inanspruchnahme weder ein (objektives) Rechtsschutzinteresse, noch ein (subjektives) Rechtsschutzbedürfnis, weil die Beklagte, die vom Kläger mit betrieblichem Auszahlungsschreiben vom 21. Februar 1984 nachgewiesene Jahresendprämie des Planjahres 1983 (in Höhe von 1.325,00 Mark) mit Neufeststellungsbescheid vom 3. März 2010 bereits vollständig berücksichtigt und insoweit bereits ein höheres Entgelt für das Zuflussjahr 1984 berücksichtigt hat. Hinsichtlich der vom Kläger begehrten nochmaligen oder wiederholten Feststellung dieser Jahresendprämie besteht keinerlei Anspruchsgrundlage.

Ä

Gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 AA-G ist den Pflichtbeitragszeiten nach diesem Gesetz (vgl. § 5 AA-G) für jedes Kalenderjahr als Verdienst ([§ 256a Abs. 2 SGB VI](#)) das erzielte Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen zugrunde zu legen. Arbeitsentgelt im Sinne des [§ 14](#) des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) und damit im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 1 AA-G stellen auch die in der DDR an Arbeitnehmer rechtmäßig gezahlten Jahresendprämien dar, da es sich um eine Gegenleistung des Betriebs für die vom Werkstätten im jeweiligen Planjahr erbrachte Arbeitsleistung handelte, wobei es nicht darauf ankommt, dass dieser Verdienst nach DDR-Recht nicht steuer- und sozialversicherungspflichtig war (so: BSG, Urteil vom 23. August 2007 – [B 4 RS 4/06 R](#) – [SozR 4-8570 § 6 Nr. 4](#) = JURIS-Dokument, RdNr. 21 ff.; dem folgend: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 – [B 5 RS 4/16 R](#) – [SozR 4-8570 § 6 Nr. 7](#) = JURIS-Dokument, RdNr. 13). Denn der Gesetzestext des § 6 Abs. 1 Satz 1 AA-G besagt, dass den Pflichtbeitragszeiten im Sinne des § 5 AA-G als Verdienst ([§ 256a SGB VI](#)) unter anderen das erzielte Arbeitsentgelt zugrunde zu legen ist. Aus dem Wort „erzielt“ folgt im Zusammenhang mit § 5 Abs. 1 Satz 1 AA-G, dass es sich um Entgelt oder Einkommen handeln musste, das dem Berechtigten während der Zugehörigkeitszeiten zum Versorgungssystem aufgrund seiner Beschäftigung zugeflossen ist, ihm also tatsächlich gezahlt worden ist. In der DDR konnten die Werkstätten unter bestimmten Voraussetzungen Prämien als Bestandteil ihres Arbeitseinkommens bzw. -entgelts erhalten. Sie waren im Regelfall mit dem Betriebsergebnis verknüpft und sollten eine leistungsstimulierende Wirkung ausüben. Lohn und Prämien waren Formen der Verteilung nach Arbeitsleistung (vgl. Kunz/Thiel, *Arbeitsrecht [der DDR]* Lehrbuch, 3. Auflage, 1986, Staatsverlag der DDR, S. 192f.). Die Prämien wurden aus einem zu bildenden Betriebsprämienfonds finanziert; die Voraussetzungen ihrer Gewährung mussten in einem Betriebskollektivvertrag vereinbart werden. Über ihre Gewährung und Höhe entschied der Betriebsleiter mit Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitung nach Beratung im Arbeitskollektiv. Diese allgemeinen Vorgaben galten für alle Prämienformen (§ 116 des Arbeitsgesetzbuches der DDR [nachfolgend: DDR-AGB] vom 16. Juni 1977 [DDR-GBl. I 1977, Nr. 18, S. 185]) und damit auch für die Jahresendprämie (§ 118 Abs. 1 und 2 DDR-AGB). Die Jahresendprämie diente als Anreiz zur Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben; sie war auf das Planjahr bezogen und hatte den Charakter einer Erfüllungsprämie. Nach § 117 Abs. 1 DDR-AGB bestand ein Anspruch auf Jahresendprämie, wenn

- die Zahlung einer Jahresendprämie für das Arbeitskollektiv, dem der Werkstätten angehörte, im Betriebskollektivvertrag vereinbart war,
- der Werkstätten und sein Arbeitskollektiv die vorgesehenen Leistungskriterien in der festgelegten Mindesthöhe erfüllt hatte und
- der Werkstätten während des gesamten Planjahres Angehöriger des Betriebs war.

Die Feststellung von Beiträgen, die als Jahresendprämien gezahlt wurden, hing davon ab, dass der Empfänger die Voraussetzungen der §§ 117, 118 DDR-AGB erfüllt hatte. Hierfür und für den Zufluss trägt er die objektive Beweislast (sog. Feststellungslast im sozialgerichtlichen Verfahren, vgl. insgesamt: BSG, Urteil

vom 23. August 2007 [B 4 RS 4/06 R](#) [SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 4](#) = JURIS-Dokument, RdNr. 21 ff.; dem folgend und diese Beweislast, unter Ablehnung einer SchÃ¤tzungsmÃ¶glichkeit, betonend: BSG, Urteil vom 15.Â Dezember 2016 [B 5 RS 4/16 R](#) [SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7](#) = JURIS-Dokument, RdNr.Â 14).

Â

Daraus wird deutlich, dass die Zahlung von JahresendprÃ¤mien von mehreren Voraussetzungen abhing. Der KlÃ¤ger hat, um eine Feststellung zusÃ¤tzlicher Entgelte beanspruchen zu kÃ¶nnen, nachzuweisen oder glaubhaft zu machen, dass alle diese Voraussetzungen in jedem einzelnen Jahr erfÃ¼llt gewesen sind und zusÃ¤tzlich, dass ihm ein bestimmter, berÃ¼cksichtigungsfÃ¤higer Betrag auch zugeflossen, also tatsÃ¤chlich gezahlt worden, ist.

Â

GemÃ¤Ã [Â§ 128 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) entscheidet das Gericht dabei nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Ãberzeugung. Neben dem Vollbeweis, d.h. der an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit, ist auch die MÃ¶glichkeit der Glaubhaftmachung des Vorliegens weiterer Arbeitsentgelte aus JahresendprÃ¤mien gegeben. Dies kann aus der Vorschrift des [Â§ 6 Abs. 6 AAÃG](#) abgeleitet werden. Danach wird, wenn ein Teil des Verdienstes nachgewiesen und der andere Teil glaubhaft gemacht wird, der glaubhaft gemachte Teil des Verdienstes zu fÃ¼nf Sechsteln berÃ¼cksichtigt.

Â

Im vorliegenden konkreten Einzelfall hat der KlÃ¤ger den Zufluss von JahresendprÃ¤mien dem Grunde nach [Â](#) abgesehen von dem Zuflussjahr 1984 [Â](#) zwar nicht nachgewiesen, jedoch fÃ¼r die Zuflussjahre 1976 bis 1983 und 1985 bis 1990, glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter 1.). Die konkrete HÃ¶he der JahresendprÃ¤mien, die zur Auszahlung an ihn gelangten, hat er zwar ebenfalls [Â](#) abgesehen von dem Zuflussjahr 1984 [Â](#) nicht nachgewiesen, zum Teil allerdings, und zwar fÃ¼r die Zuflussjahre 1976 bis 1983, in einer MindesthÃ¶he glaubhaft machen kÃ¶nnen; eine SchÃ¤tzung [Â](#) wie vom KlÃ¤ger sinngemÃ¤Ã begehrt [Â](#) hingegen ist nicht mÃ¶glich (dazu nachfolgend unter 2.).

Â

1.

Der Zufluss von JahresendprÃ¤mien dem Grunde nach ist im vorliegenden Fall [Â](#) abgesehen von dem Zuflussjahr 1984 [Â](#) zwar nicht nachgewiesen (dazu nachfolgend unter a), jedoch fÃ¼r die begehrten Zuflussjahre 1976 bis 1983 und 1985 bis 1990, glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter b):

Â

a)

Nachweise etwa in Form von Begleitschreiben, Gewährungunterlagen, Beurteilungsbögen, Quittungen oder sonstigen Lohnunterlagen für an den Kläger geflossene Prämienzahlungen konnte er abgesehen von dem Zuflussjahr 1984 nicht vorlegen. Er selbst verfügt auch über keine (weiteren) Unterlagen, mit denen er die Gewährung von Jahresendprämien belegen könnte, wie er selbst ausführte.

Ä

Unterlagen über die Auszahlung von Jahresendprämien im VEB Y&I, Lederwarenfabrik A&I, liegen auch nicht mehr vor, wie sich den Auskäufen sowohl der Rhenus Office Systems GmbH vom 17. Februar 2010 als auch des Sächsischen Staatsarchivs Dresden vom 27. Februar 2018 und vom 2. Februar 2022 entnehmen lässt.

Ä

Nachweise zu an den Kläger gezahlten Jahresendprämien liegen auch im Übrigen nicht mehr vor, da zwischenzeitlich die Aufbewahrungsfrist für die Entgeltunterlagen der ehemaligen Betriebe der DDR abgelaufen ist (31. Dezember 2011; vgl. [§ 28f Abs. 5 SGB IV](#)).

Ä

b)

Der Zufluss von Prämienzahlungen dem Grunde nach konkret an den Kläger ist aber im vorliegenden Fall für die begehrten Zuflussjahre 1976 bis 1983 und 1985 bis 1990, glaubhaft gemacht.

Ä

Gemäß [§ 23 Abs. 1 Satz 2 SGB X](#) ist eine Tatsache dann als glaubhaft anzusehen, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sämtliche erreichbare Beweismittel erstrecken sollen (vgl. dazu auch: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 – [B 5 RS 4/16 R](#) – SozR 4-8570 § 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 14), überwiegend wahrscheinlich ist. Dies erfordert mehr als das Vorhandensein einer bloßen Möglichkeit, aber auch weniger als die an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit. Dieser Beweismaßstab ist zwar durch seine Relativität gekennzeichnet. Es muss also nicht, wie bei der Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhanges, absolut mehr als gegen die glaubhaft zu machende Tatsache sprechen. Es reicht die gute Möglichkeit aus, das heißt es genügt, wenn bei mehreren ernstlich in Betracht zu ziehenden Möglichkeiten das Vorliegen einer davon relativ am wahrscheinlichsten ist, weil nach Gesamtwürdigung aller Umstände besonders viel für diese Möglichkeit spricht; von mehreren ernstlich in Betracht zu

ziehenden Sachverhaltsvarianten muss den Ä¼brigen gegenÄ¼ber aber einer das Ä¼bergewicht zukommen. Die bloÄ¼e MÄ¼glichkeit einer Tatsache reicht deshalb nicht aus, die Beweisanforderungen zu erfÄ¼llen (vgl. dazu dezidiert: BSG, Beschluss vom 8. August 2001 â¼ B 9 V 23/01 B â¼ SozR 3-3900 Ä¼ 15 Nr. 4 = JURIS-Dokument, RdNr. 5).

Ä

Dies zu Grunde gelegt, hat der KlÄ¼ger im konkreten Einzelfall glaubhaft gemacht, dass die drei rechtlichen Voraussetzungen (Ä¼ 117 Abs. 1 DDR-AGB) fÄ¼r den Bezug einer JahresendprÄ¼mie fÄ¼r die begehrten Zuflussjahre 1976 bis 1983 und 1985 bis 1990, vorlagen und er jeweils eine JahresendprÄ¼mie erhalten hat:

Ä

aa)

Der KlÄ¼ger war in den Jahren 1976 bis 1982 und 1985 bis 1989 jeweils wÄ¼hrend des gesamten Planjahres AngehÄ¼rter des VEB Ä¼ Lederwarenfabrik Ä¼. (Ä¼ 117 Abs. 1 Voraussetzung 3 DDR-AGB), wie sich aus den vorgelegten Arbeits- und Ä¼nderungsvertrÄ¼gen sowie aus den Eintragungen in seinen Ausweisen fÄ¼r Arbeit und Sozialversicherung ergibt.

Ä

Das Planjahr 1975 (und damit das Zuflussjahr 1976), in dem der KlÄ¼ger zum 1. September in den VEB Ä¼ Lederwarenfabrik Ä¼. erst eintrat, kann ebenfalls (anteilig) mitberÄ¼cksichtigt werden. Gesetzlich geregelter Ausnahmetatbestand, der eine anteilige JahresendprÄ¼mie plausibel rechtfertigt, ist Ä¼ 117 Abs. 2 Satz 1 Buchst. d) DDR-AGB. Nach dieser Norm bestand ein Anspruch auf anteilige JahresendprÄ¼mie bei Aufnahme eines Direktstudiums an einer Hoch- oder Fachschule sowie bei Aufnahme einer TÄ¼tigkeit nach Abschluss des Studiums. Sein Fachschulstudium an der Ingenieurschule fÄ¼r Walzwerk- und HÄ¼ttentechnik ZÄ¼. Ä¼ hatte der KlÄ¼ger am 15. Ä¼ Juli 1975 abgeschlossen, wie sich aus der Ingenieururkunde der Ingenieurschule fÄ¼r Walzwerk- und HÄ¼ttentechnik ZÄ¼. Ä¼ vom 15. Juli 1975 ergibt. Beendet war dieses Studium jedoch erst zum 15. August 1975, wie sich aus der Eintragung im Ausweis fÄ¼r Arbeit und Sozialversicherung ergibt. Bereits am 1. Ä¼ September 1975 erfolgte die Arbeitsaufnahme im VEB Ä¼ Lederwarenfabrik Ä¼., wie sich dem Eintrag im Ausweis fÄ¼r Arbeit und Sozialversicherung sowie dem Arbeitsvertrag vom 10. Dezember 1975 entnehmen lÄ¼sst. Damit steht fest, dass der KlÄ¼ger seine TÄ¼tigkeit im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang nach Abschluss des Fachschulstudiums, welches als Direktstudium durchgefÄ¼hrt wurde, aufgenommen hatte.

Ä

bb)

Mindestens glaubhaft gemacht ist darüber hinaus auch, dass die Zahlung von Jahresendprämien für das Arbeitskollektiv, dem der Kläger angehörte, jeweils in einem Betriebskollektivvertrag vereinbart war (§ 117 Abs. 1 Voraussetzung 1 DDR-AGB). Denn der Abschluss eines Betriebskollektivvertrages zwischen dem Betriebsleiter und der zuständigen Betriebsgewerkschaftsleitung war nach § 28 Abs. 1 DDR-AGB zwingend vorgeschrieben. Die Ausarbeitung des Betriebskollektivvertrages erfolgte jährlich, ausgehend vom Volkswirtschaftsplan; er war bis zum 31. Januar des jeweiligen Planjahres abzuschließen (vgl. Kunz/Thiel, *Arbeitsrecht [der DDR]* Lehrbuch, 3. Auflage, 1986, Staatsverlag der DDR, S. 111). Ebenso zwingend waren nach § 118 Abs. 1 DDR-AGB in Verbindung mit § 28 Abs. 2 Satz 3 DDR-AGB die Voraussetzungen und die Höhe der Jahresendprämie in dem (jeweiligen) Betriebskollektivvertrag zu regeln. Konkretisiert wurde diese zwingende Festlegung der Voraussetzungen zur Gewährung von Jahresendprämien im Betriebskollektivvertrag in den staatlichen Prämienverordnungen: So legten die *Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe im Jahre 1972* (nachfolgend: *Prämienfond-VO 1972*) vom 12. Januar 1972 (DDR-GBl. II 1972, Nr. 5, S. 49) in der Fassung der *Bekanntmachung vom 28. November 1972* (DDR-GBl. II 1972, Nr. 70, S. 810) sowie in der Fassung der *Zweiten Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe* (nachfolgend: *2. Prämienfond-VO 1973*) vom 21. Mai 1973 (DDR-GBl. I 1973, Nr. 30, S. 293), mit denen die Weitergeltung der *Prämienfond-VO 1972* über das Jahr 1972 hinaus angeordnet wurden, sowie die *Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebe* (nachfolgend: *Prämienfond-VO 1982*) vom 9. September 1982 (DDR-GBl. I 1982, Nr. 34, S. 595) jeweils staatlicherseits fest, dass die Verwendung des Prämienfonds, die in den Betrieben zur Anwendung kommenden Formen der Prämierung und die dafür vorgesehenen Mittel im Betriebskollektivvertrag festzulegen waren (§ 5 Abs. 2 Satz 1 *Prämienfond-VO 1972*, § 8 Abs. 3 Satz 1 und 2 *Prämienfond-VO 1982*). Dabei war, ohne dass ein betrieblicher Ermessens- oder Beurteilungsspielraum bestand, in den Betriebskollektivverträgen zu vereinbaren bzw. festzulegen, unter welchen Voraussetzungen Jahresendprämien als Form der materiellen Interessiertheit der Werktätigen an guten Wirtschaftsergebnissen des Betriebes im gesamten Planjahr angewendet wurden (§ 5 Abs. 2 Satz 2 Spiegelstrich 2 *Prämienfond-VO 1972*, § 8 Abs. 3 Satz 3 Spiegelstrich 4 *Prämienfond-VO 1982*).

Ä

Damit kann in der Regel für jeden Arbeitnehmer in der volkseigenen Wirtschaft, sofern nicht besondere gegenteilige Anhaltspunkte vorliegen sollten, davon ausgegangen werden, dass ein betriebskollektivvertraglich geregelter Jahresendprämienanspruch dem Grunde nach bestand (vgl. dazu auch: Lindner, *Die leere Hand ist tot* wie geht es weiter?, rv [= Die Rentenversicherung] 2011, 101, 104), auch wenn die Betriebskollektivverträge als solche nicht mehr vorgelegt oder anderweitig vom Gericht beigezogen werden können. Vor diesem Hintergrund ist der von der Beklagten in anderen Verfahren

erhobene Einwand, die Betriebskollektivverträge seien anspruchsbegründend, zwar zutreffend, verhindert eine Glaubhaftmachung jedoch auch dann nicht, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht eingesehen werden können.

Ä

cc)

Ausgehend von den Aussagen der Zeugen U. und T. sowie den sonstigen Hinweistatsachen ist zudem glaubhaft gemacht, dass der Kläger und das Arbeitskollektiv, dem er angehörte, die vorgegebenen Leistungskriterien in der festgelegten Mindesthöhe erfüllt hatten (§ 117 Abs. 1 Voraussetzung 2 DDR-AGB).

Ä

Zunächst ist allerdings darauf hinzuweisen, dass sich den schriftlichen Zeugenerklärungen von W. vom 1. Juni 2017, von V. vom 13. Juli 2017, von S. vom 7. März 2022, von V. vom 14. März 2022 und von W. vom 15. März 2022 keinerlei Glaubhaftmachungswert im Hinblick auf den Zufluss von Jahresendprämien an den Kläger dem Grunde nach entnehmen lässt. Denn in den Aussagen von W. vom 1. Juni 2017 sowie von V. vom 13. Juli 2017 ist jeweils nur ausgeführt, dass der Kläger als Hauptmechaniker beschäftigt war und aus den schriftlichen Zeugenaussagen von S. vom 7. März 2022, von V. vom 14. März 2022 sowie von W. vom 15. März 2022 ergibt sich jeweils, dass die Zeugen keine Kenntnis mehr zur Auszahlung von Jahresendprämien an den Kläger haben. In der schriftlichen Zeugenerklärung von W. vom 20. November 2017 ist darüber hinaus lediglich ausgeführt, dass der Betrieb von 1970 bis 1990 jährlich eine Jahresendprämie auszahlte.

Ä

Die Zeugin U., die von 1971 bis 1990 im kaufmännischen Bereich des VEB Y. Lederwarenfabrik A. in verschiedenen Funktionen (zuletzt als ökonomische Direktorin und erste Stellvertreterin des Betriebsdirektors) beschäftigt war, gab in ihrer schriftlichen Auskunft vom 10. Januar 2022 an, dass der VEB Y. Lederwarenfabrik A. zu den Betrieben gehörte, die nach den gesetzlichen Bestimmungen der DDR jährlich einen Betriebskollektivvertrag zu erarbeiten und mit der Betriebsgewerkschaftsleitung zu vereinbaren hatten. Gegenstand der Betriebskollektivverträge waren unter anderem spezifische Regelungen zur Verwendung des Kultur- und Sozialfonds sowie des Prämienfonds, dessen wesentlicher Bestandteil auch die betrieblichen Grundsätze für die Zahlung von Jahresendprämien war. Der Betrieb gehörte zu den Betrieben, die im Zeitraum von 1971 bis 1990 die jährlichen Planvorgaben überboten hatten und dementsprechend hohe Jahresendprämien an seine Mitarbeiter zahlen konnte. Der Kläger gehörte zum empfangsberechtigten Personenkreis der jährlichen Jahresendprämien. Irgendwelche Gründe für die Nichtgewährung der

Jahresendprämien an den KIÄxger sind der Zeugin nicht bekannt. Zwar gab es in den Betriebskollektivverträgen des VEB Yâü|. Ä Lederwarenfabrik Aâü|. Bestimmungen, die bei Disziplinverstößen eine Reduzierung oder Nichtgewährung der Jahresendprämien zur Folge hatten. Der Zeugin ist allerdings nicht bekannt, dass der KIÄxger jemals zu dem davon betroffenen Personenkreis gehörte.

Ä

Der Zeuge Tâü|., der den KIÄxger seit Betriebseintritt im Jahr 1975 kannte und mit diesem bis zum Jahr 1990 in engem fachlichen Kontakt sowie in engem räumlichen Kontakt (âü|Büro an Büroâü|) im Betrieb zusammenarbeitete, gab in seiner schriftlichen Erklärung vom 19. April 2022 an, dass der KIÄxger, als Mitarbeiter der Betriebsleitung, immer die jährlichen Jahresendprämien vom Betrieb ausgezahlt erhielt. Die Jahresendprämien wurden an jeden Mitarbeiter im Betrieb gewährt und wurden stets im Februar des Folgejahres ausgezahlt. In seiner vom Sozialgericht Dresden mit gerichtlichem Schreiben vom 25. April 2022 ergänzend eingeholten schriftlichen Auskunft vom 9. Mai 2022 bestätigte er diese Angaben und fügte weitergehend aus: Die Bemessung der Jahresendprämien erfolgte nach Planerfüllung. Als wichtiger Exportbetrieb wurde dieser Plan im VEB Yâü|. Ä Lederwarenfabrik Aâü|. stets und sogar übererfüllt. Die Jahresendprämien wurden grundsätzlich an jeden Mitarbeiter im Februar des Folgejahres ausgezahlt. Der KIÄxger erhielt die Jahresendprämien jährlich, da dem Zeugen nicht bekannt ist, dass dem KIÄxger schwere Verfehlungen, die Einfluss auf den Erhalt und die Auszahlung der Jahresendprämien hatten, vorzuhalten waren. Wegen der engen betrieblichen Zusammenarbeit des Zeugen mit dem KIÄxger schloss der Zeuge Fehlleistungen des KIÄxgers aus. Der KIÄxger war im Allgemeinen ein anerkannter Mitarbeiter, der in all den Jahren seiner Beschäftigung keinen Grund für eine Kürzung der Jahresendprämien lieferte. Der KIÄxger erhielt die Jahresendprämien im gesamten Beschäftigungszeitraum im Betrieb ausgezahlt. Zur Auszahlung der Jahresendprämien im Februar kam ein Mitarbeiter der Lohnabteilung an die jeweiligen Arbeitsplätze im Büro und übergab in einem Umschlag die Jahresendprämie in bar, wobei der Erhalt gegengezeichnet werden musste.

Ä

Unzulänglichkeiten des KIÄxgers, die gegebenenfalls eine Kürzung oder Nichtzahlung der Jahresendprämie in den Zuflussjahren 1976 bis 1983 und 1985 bis 1990 zur Folge hätten haben können, ergeben sich auch nicht aus anderweitigen Indizien oder Hinweistatsachen. Im Gegenteil: Die Angaben der Zeugen Uâü|. Ä und Tâü|. Ä sind vor dem Hintergrund der beigezogenen arbeitsvertraglichen Unterlagen plausibel und bestätigen die berechnete Annahme, dass der KIÄxger die individuellen Leistungskennziffern konkret erfüllte:

Ä

Den Arbeitsänderungsverträgen ist zu entnehmen, dass der Kläger kontinuierliche Gehaltssteigerungen wegen seiner guten betrieblichen Arbeitsleistungen erreichte. Wiederholt wurden dem Kläger vom Betrieb Lohnerhöhungen in Anerkennung seiner guten Leistungen gewährt. So wird beispielsweise im betrieblichen Gehaltserhöhungsschreiben aus dem Jahr 1984, mit dem das Gehalt mit Wirkung ab 1. Januar 1985 angehoben wurde, ausgeführt, dass die Gehaltserhöhung wegen der vom Kläger gezeigten „bisherigen Leistungen“ erfolgte.

Â

Im betrieblichen Jahresendpremienschreiben vom 21. Februar 1984 wird die „gute Arbeitsleistung“ des Klägers im Betrieb hervorgehoben.

Â

Mit betrieblicher Berufungsurkunde wurde der Kläger mit Wirkung vom 1. April 1986 in die Funktion als amtierender Direktor für Technik berufen.

Â

Mit betrieblichem Schreiben vom 20. August 1986 wurde der Kläger mit Wirkung vom 1. August 1986 als Mitglied des betrieblichen Neuereraktives berufen.

Â

Mit betrieblichem Schreiben vom 15. Februar 1988 wurde der Kläger zum Leiter eines Arbeitsstabs zur komplexen Vorbereitung und Realisierung von Sonder- und Importvorhaben im Kombinat Lederwaren Schwerin und im VEB Y&I Lederwarenfabrik A&I berufen.

Â

Mit betrieblicher Vereinbarung vom 15. Juli 1988 wurde der Kläger als Reservekader für die Funktion des Direktors für Technik des Betriebes aufgenommen.

Â

Zusammenfassend wird dem Kläger damit insgesamt bescheinigt, dass er die ihm übertragenen Aufgaben stets hervorragend erledigte, sodass sich keinerlei berechnete Zweifel an der Erfüllung der vorgegebenen Leistungskriterien aufdrängen.

Â

2.

Die konkrete Höhe der Jahresendprämien, die für die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre (1975 bis 1982 und 1984 bis 1989) in den Zuflussjahren 1976 bis 1983 und 1985 bis 1990 zur Auszahlung an den Kläger gelangten, konnte er zwar nicht nachweisen (dazu nachfolgend unter a), jedoch für die Zuflussjahre 1976 bis 1983 zum Teil, nämlich in Form eines Mindestbetrages, glaubhaft machen (dazu nachfolgend unter b). Die Höhe einer dem Grunde nach lediglich glaubhaft gemachten Jahresendprämie darf entgegen der früheren Rechtsprechung des Sächsischen Landessozialgerichts allerdings nicht geschätzt werden (dazu nachfolgend unter c).

Ä

a)

Die dem Kläger für die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre (1975 bis 1982 und 1984 bis 1989) in den Jahren 1976 bis 1983 und 1985 bis 1990 zugeflossenen Jahresendprämienbeträge sind der Höhe nach nicht nachgewiesen:

Ä

Nachweise etwa in Form von Begleitschreiben, Gewährungsunterlagen, Beurteilungsbögen, Quittungen oder sonstigen Lohnunterlagen für an den Kläger geflossene Prämienzahlungen konnte er abgesehen vom Zuflussjahr 1984 nicht vorlegen. Er selbst verfügt auch über keine Unterlagen, mit denen er die Gewährung von Jahresendprämien belegen könnte, wie er selbst ausführte.

Ä

Unterlagen über die Auszahlung von Jahresendprämien im VEB Y. Lederwarenfabrik A. liegen auch nicht mehr vor, wie sich den Auskünften sowohl der Rhenus Office Systems GmbH vom 17. Februar 2010 als auch des Sächsischen Staatsarchivs Dresden vom 27. Februar 2018 und vom 2. Februar 2022 entnehmen lässt.

Ä

Auszahlungs- bzw. Quittierungslisten oder Anerkennungsschreiben der Abteilung des Betriebes konnten auch die Zeugen U. Ä und T. Ä nicht vorlegen.

Ä

Nachweise zu an den Kläger gezahlten Jahresendprämien liegen auch im Äbrigen nicht mehr vor, da zwischenzeitlich die Aufbewahrungsfrist für die Entgeltunterlagen der ehemaligen Betriebe der DDR abgelaufen ist (31. Dezember 2011; vgl. [Ä§ 28f Abs. 5 SGB IV](#)). Von einer Anfrage an das Bundesarchiv wurde im vorliegenden Verfahren abgesehen, da dort wie aus entsprechenden Anfragen

in anderen Verfahren gerichtsbekannt wurde – lediglich statistische Durchschnittswerte der in den Kombinatn gezahlten durchschnittlichen Jahresendprämienbeträge pro Vollbeschäftigteinheit aus verschiedenen Jahren vorhanden sind, die keinerlei Rückschluss auf die individuelle Höhe der an den Kläger in einem konkreten Betrieb gezahlten Jahresendprämienhöhe erlauben.

Ä

b)

Die konkrete Höhe der an den Kläger für die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre (1975 bis 1982 und 1984 bis 1989) in den Jahren 1976 bis 1983 und 1985 bis 1990 zugeflossenen Jahresendprämienbeträge ist zwar ebenfalls nicht glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter aa). Allerdings sind die für die Planjahre 1975 bis 1982 in den Zuflussjahren 1976 bis 1983 ausgezahlten Jahresendprämienbeträge zumindest zum Teil, nämlich in Form eines Mindestbetrages, glaubhaft gemacht (dazu nachfolgend unter bb):

Ä

aa)

Den Angaben des Klägers sowie der Zeugen U. Ä. und T. Ä. kann lediglich entnommen werden, dass sich die Jahresendprämie am Monatsgehalt des jeweiligen Werkstätigen orientierte. Der Kläger selbst tätigte keinerlei Angaben zu den konkreten Höhen der Jahresendprämienbeträge. Er konnte lediglich angeben, dass Basis der Berechnung der jeweils einzelnen individuellen Jahresendprämien das Monatsgehalt des jeweiligen Beschäftigten war und die Prämienbeträge auf der Grundlage der Planerfüllung und des Monatsgehalts berechnet wurden. Die Zeugen U. Ä. und T. Ä. bestätigten dieses grundsätzliche Prozedere und führten aus, zu den Höhen der Jahresendprämienbeträge des Klägers keine konkreten Angaben tätigen zu können. Die individuelle Festlegung erfolgte durch die Betriebsleitung (in Abstimmung mit der Gewerkschaftsleitung), ausgerichtet nach dem Betriebsergebnis und differenziert im Einzelnen. Eine weitergehende Präzisierung erbrachten die Zeugenerklärungen nicht. Die Zeugin U. Ä. führte in ihrer schriftlichen Erklärung vom 10. Januar 2022 explizit aus: – Zur konkreten Höhe der an [den Kläger] ausgezahlten JEP-Beträge kann ich leider keine Auskunft erteilen. –

Ä

Soweit der Zeuge T. Ä. in seiner schriftlichen Erklärung vom 19. April 2022 ausführte, die Höhe der Jahresendprämien habe – ca. 100 % des Gehaltes – entsprochen, ist darauf hinzuweisen, dass diese Angabe jeglicher Tatsachenbasis entbehrt, da weder dargelegt noch nachvollziehbar erläutert wird, aus welchen konkreten Kennziffern und Berechnungselementen sich dieser Durchschnitt ergibt.

Die Glaubhaftmachung einer bestimmten Höhe ist mit solchen „in der Regel“, „circa“, „zwischen“, „etwa“- oder „ungefähr“-Angaben nicht verbunden, denn es handelt sich bei ihnen um eine reine Mutmaßung, die im Ergebnis auf eine „vom BSG inzwischen abschließend als nicht möglich dargelegte (vgl. dazu ausführlich: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 [B 5 RS 4/16 R](#) SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 16 ff.)“ Schätzung hinausläuft, die nicht zu Grunde gelegt werden kann. Konkretere oder präzisierende Angaben konnten nämlich gerade weder von dem Zeugen noch vom Kläger getätigt werden. Nichts anderes ergibt sich im Übrigen aus der schriftlichen Erklärung des Zeugen T! vom 9. Mai 2022, in der unter Verdeckung der circa-Angabe behauptet wird, die Auszahlung der Jahresendprämie erfolgte „zu 100 %“, da auch der Plan stets zu 100 Prozent erfüllt worden sei. Denn auch insoweit werden keine konkreten oder präzisen Kennziffern oder Berechnungselemente geschildert. Es wird aufgrund der pauschalen Bezugnahme auf die 100prozentige Planerfüllung vielmehr ersichtlich, dass es sich bei der vom Zeugen geschilderten Prozentangabe um keine realen Wertangabe, sondern um eine fiktionale Erinnerungsangabe handelt.

Â

In der Gesamtbetrachtung sind die Angaben des Klägers sowie der Zeugen zur Höhe der an den Kläger geflossenen Jahresendprämienbeträge insgesamt zum einen vage und beruhen zum anderen allein auf dem menschlichen Erinnerungsvermögen, das mit der Länge des Zeitablaufs immer mehr verblasst und deshalb insbesondere in Bezug auf konkrete, jährlich differierende Beträge kaum einen geeigneten Beurteilungsmaßstab im Sinne einer „guten Möglichkeit“ gerade der vom Zeugen angegebenen Prozentangaben abzugeben geeignet ist.

Â

Darüber hinaus ist zu beachten, dass es im Ergebnis grundsätzlich (zu den Ausnahmen nachfolgend unter bb) an einem geeigneten Maßstab fehlt, an dem die konkrete Höhe der dem Grunde nach bezogenen Jahresendprämien beurteilt werden kann und der vom Kläger und dem Zeugen behauptete Maßstab, nämlich der durchschnittliche Bruttomonats- oder Bruttojahreslohn, nach den rechtlichen Koordinaten des DDR-Rechts gerade nicht der Basis-, Ausgangs- oder Grundwert zur Berechnung einer Jahresendprämie war:

Â

Nicht der Durchschnittslohn des Werkstätigen war Ausgangsbasis für die Festlegung der Höhe der Jahresendprämie, sondern die Erfüllung der konkreten Leistungs- und Planzielvorgaben (vgl. dazu deutlich: Eckhardt u.a., „Lohn und Prämie“ Erläuterungen zum 5. Kapitel des Arbeitsgesetzbuches der DDR [Heft 4 der Schriftenreihe zum Arbeitsgesetzbuch der DDR], 1989, S. 112; Langanke, „Wirksame Leistungsstimulierung durch Jahresendprämie“, NJ

1984, 43, 44). Aus diesem Grund zählte zu den betriebsbezogenen, in einem Betriebskollektivvertrag festgelegten Regelungen über die Bedingungen der Gewährung einer Jahresendprämie auch die Festlegung und Beschreibung der Berechnungsmethoden, aus denen dann individuelle Kennziffern für den einzelnen Werktätigen zur Berechnung der Jahresendprämie abgeleitet werden konnten.

Ä

Dies verdeutlichen auch sonstige rechtliche Regelungen unterhalb des DDR-AGB: So legten die Prämienfond-VO 1972 in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. November 1972 und in der Fassung der 2. Prämienfond-VO 1973 sowie die Prämienfond-VO 1982 fest, wie die Jahresendprämie wirksamer zur Erfüllungs- und Übererfüllung der betrieblichen Leistungsziele beitragen konnte (Â§ 7 Prämienfond-VO 1972, Â§ 9 Prämienfond-VO 1982). Danach waren den Arbeitskollektiven und einzelnen Werktätigen Leistungskennziffern vorzugeben, die vom Plan abgeleitet und beeinflussbar waren, die mit den Schwerpunkten des sozialistischen Wettbewerbs übereinstimmten und über das Haushaltsbuch oder durch andere bewährte Methoden zu kontrollieren und abzurechnen waren (Â§ 7 Abs. 1 Prämienfond-VO 1972, Â§ 9 Abs. 3 Prämienfond-VO 1982). Die durchschnittliche Jahresendprämie je Beschäftigten war in der Regel in der gleichen Höhe wie im Vorjahr festzulegen, wenn der Betrieb mit der Erfüllung und Übererfüllung seiner Leistungsziele die erforderlichen Prämienmittel erarbeitet hatte; für den Betrieb war dieser Durchschnittsbetrag grundsätzlich beizubehalten (Â§ 9 Abs. 2 Prämienfond-VO 1982). Hervorzuheben ist dabei, dass der Werktätige und sein Kollektiv die ihnen vorgegebenen Leistungskriterien jeweils erfüllt haben mussten (Â§ 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 Prämienfond-VO 1972), die Leistungskriterien kontrollfähig und abrechenbar zu gestalten waren (Â§ 6 Abs. 1 Satz 2 der â€œErsten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds für volkseigene Betriebe im Jahre 1972â€œ [nachfolgend: 1. DB zur Prämienfond-VO 1972] vom 24. Mai 1972 [DDR-GBl. II 1972, Nr. 34, S. 379]) und bei der Differenzierung der Höhe der Jahresendprämie von den unterschiedlichen Leistungsanforderungen an die Abteilungen und Bereiche im betrieblichen Reproduktionsprozess auszugehen war (Â§ 6 Abs. 3 Spiegelstrich 1 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972). Außerdem war geregelt, dass die Jahresendprämien für Arbeitskollektive und einzelne Werktätige nach der Leistung unter besonderer Berücksichtigung der Schichtarbeit zu differenzieren waren (Â§ 7 Abs. 2 Satz 2 Prämienfond-VO 1972, Â§ 6 Abs. 3 Spiegelstrich 2 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972, Â§ 9 Abs. 3 Satz 1 Prämienfond-VO 1982), wobei hinsichtlich der Kriterien für die Zulässigkeit der Erhöhung der durchschnittlichen Jahresendprämie im Betrieb konkrete Festlegungen nach Maßgabe des Â§ 6 der â€œErsten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebeâ€œ (nachfolgend: 1. DB zur Prämienfond-VO 1982) vom 9. September 1982 (DDR-GBl. I 1982, Nr. 34, S. 598) in der Fassung der â€œZweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Prämienfonds für volkseigene Betriebeâ€œ (nachfolgend: 2. DB

zur Prämienfond-VO 1982) vom 3. Februar 1986 (DDR-GBl. I 1986, Nr. 6, S. 50) zu treffen waren. Danach spielte zum Beispiel der Anteil der Facharbeiter sowie der Hoch- und Fachschulkader in den Betrieben und deren "wesentliche Erziehung" sowie die "Anerkennung langjähriger Betriebszugehörigkeit" eine Rolle (§ 6 Abs. 2 Satz 2 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1982). Die konkreten Festlegungen erfolgten in betrieblichen Vereinbarungen (§ 6 Abs. 3 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1982). Die endgültige Festlegung der Mittel zur Jahresendprämierung für die einzelnen Bereiche und Produktionsabschnitte einschließlich ihrer Leiter erfolgte nach Vorliegen der Bilanz- und Ergebnisrechnung durch die Direktoren der Betriebe mit Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, die entsprechend der im Betriebskollektivvertrag getroffenen Vereinbarung abhängig vom tatsächlich erwirtschafteten Prämienfonds durch den Betrieb und von der Erfüllung der den Bereichen und Produktionsabschnitten vorgegebenen Bedingungen war (§ 8 Abs. 1 Prämienfond-VO 1972, § 6 Abs. 5 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1982).

Ä

Weder zu den individuellen Leistungskennziffern des Klägers noch zu den sonstigen, die Bestimmung der Jahresendprämienhöhe maßgeblichen Faktoren konnten der Kläger oder die Zeugen nachvollziehbare Angaben tätigen.

Ä

Die Kriterien, nach denen eine hinreichende Glaubhaftmachung erfolgt, sind demnach im konkreten Fall nicht erfüllt. Die bloße Darstellung eines allgemeinen Ablaufs und einer allgemeinen Verfahrensweise wie auch der Hinweis, dass in anderen Fällen Jahresendprämien berücksichtigt worden sind "etwa, weil dort anderweitige Unterlagen vorgelegt werden konnten", genügen nicht, um den Zufluss von Jahresendprämien in einer bestimmten oder berechenbaren Höhe konkret an den Kläger glaubhaft zu machen. Denn hierfür wäre "wie ausgeführt" erforderlich, dass in jedem einzelnen Jahr des vom Kläger geltend gemachten Zeitraumes eine entsprechende Jahresendprämie nachgewiesen worden wäre, und zwar nicht nur hinsichtlich des Zeitraumes, sondern auch hinsichtlich der Erfüllung der individuellen Leistungskennziffern, um eine konkrete Höhe als berechenbar erscheinen zu lassen.

Ä

bb)

Allerdings kommt für die Zeiträume der Geltung

- der "Verordnung über die Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinat, den VVB (Zentrale) und Einrichtungen für die Jahre 1969 und 1970" (nachfolgend: Prämienfond-VO 1968) vom 26. Juni 1968 (DDR-GBl. II 1968, Nr. 67, S. 490) in der Fassung der

âZweiten Verordnung Ã¼ber die Bildung und Verwendung des PrÃ¤mienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, volkseigenen Kombinat, den VVB (Zentrale) und Einrichtungen fr die Jahre 1969 und 1970â³ (nachfolgend: 2. PrÃ¤mienfond-VO 1968) vom 10. Dezember 1969 (DDR-GBl. II 1969, Nr. 98, S. 626),

- der âVerordnung Ã¼ber die Planung, Bildung und Verwendung des PrÃ¤mienfonds und des Kultur- und Sozialfonds fr das Jahr 1971â (nachfolgend: PrÃ¤mienfond-VO 1971) vom 20. Januar 1971 (DDR-GBl. II 1971, Nr. 16, S. 105) und
- der PrÃ¤mienfond-VO 1972 in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. November 1972 sowie in der Fassung der 2. PrÃ¤mienfond-VO 1973, mit denen die Weitergeltung der PrÃ¤mienfond-VO 1972 Ã¼ber das Jahr 1972 hinaus angeordnet wurden,

von Juli 1968 bis Dezember 1982 (also bis zum Inkrafttreten der PrÃ¤mienfond-VO 1982 am 1. Januar 1983) eine Glaubhaftmachung der Hhe von dem Grunde nach glaubhaft gemachten JahresendprÃ¤mien in einer Mindesthhe in Betracht.

Ã

fr diese ZeitrÃ¤ume legen

- Â§ 9 Abs. 7 PrÃ¤mienfond-VO 1968,
- Â§ 12 Nr. 6 Satz 1 PrÃ¤mienfond-VO 1971 und
- Â§ 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 PrÃ¤mienfond-VO 1972

nÃ¤mlich verbindlich fest, dass der PrÃ¤mienfond (auch) bei leistungsgerechter Differenzierung der JahresendprÃ¤mie ermglichen musste, dass die Mindesthhe der JahresendprÃ¤mie des einzelnen WerkÃtigen ein Drittel seines (durchschnittlichen) Monatsverdienstes betrug. Diese Mindesthhe der an den einzelnen WerkÃtigen zu zahlenden JahresendprÃ¤mie durfte nach Â§ 12 Nr. 6 Satz 2 PrÃ¤mienfond-VO 1971 und Â§ 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 und 3 PrÃ¤mienfond-VO 1972 nur dann unterschritten werden, wenn der WerkÃtige nicht wÃhrend des gesamten Planjahres im Betrieb tÃtig war und einer der AusnahmefÃlle des Â§ 5 Abs. 1 Satz 1 der 1. DB zur PrÃ¤mienfond-VO 1972 vorlag. Diese Regelungen bestÃtigen damit, insbesondere durch die Formulierung, dass die fr âdiese WerkÃtigen zu zahlende â JahresendprÃ¤mie â die Mindesthhe von einem Drittel eines monatlichen Durchschnittsverdienstesâ nur in AusnahmefÃllen unterschreiten konnte, dass die Vorschriften an eine individuelle und nicht an eine generelle Mindesthhe des JahresendprÃ¤mienbetrages des einzelnen WerkÃtigen anknpfen. Diese mageblichen DDR-rechtlichen Regelungen sind im hier vorliegenden Zusammenhang der JahresendprÃ¤mienhhe des einzelnen WerkÃtigen daher als âgenerelle Anknpfungstatsachenâ bzw. als âgenerelle Tatsachenâ heranzuziehen (vgl. zu diesem Aspekt beispielsweise: BSG, Urteil vom 30. Oktober 2014 â [B 5 RS 2/13 R](#) â JURIS-Dokument, RdNr. 19 sowie BSG, Urteil vom 27. Juni 2019 â [B 5 RS 2/18 R](#) â JURIS-Dokument, RdNr. 14 ff.) und bestÃtigen â im Zeitraum ihrer Geltung â zumindest eine individuelle Mindesthhe des JahresendprÃ¤mienbetrages jedes

einzelnen Werktätigen, der die Anspruchsvoraussetzungen dem Grunde nach erfüllt. Soweit die Beklagte meint, bei dem in den vorbenannten Vorschriften enthaltenen Mindestbetrag der Jahresendprämie habe es sich lediglich um einen statistischen Wert bzw. um eine betriebliche Kennziffer gehandelt, die keine auf den einzelnen Werktätigen bezogene Individualisierung beinhaltet habe, trifft dies ausweislich des eindeutigen Wortlauts der Regelungen, des systematischen Zusammenhangs der Vorschriften sowie des Sinnes und Zwecks der Normen nicht zu. Denn die Regelungen knüpfen nicht an einen durchschnittlichen Monatsverdienst bzw. an einen monatlichen Durchschnittsverdienst aller Beschäftigten des Betriebes sondern an den durchschnittlichen Monatsverdienst bzw. monatlichen Durchschnittsverdienst des, also des einzelnen, Werktätigen an (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 3 Prämienfond-VO 1972) bzw. regeln ausdrücklich, dass die Mindesthöhe der Jahresendprämie für den einzelnen Werktätigen ein Drittel des, also des einzelnen, monatlichen Durchschnittsverdienstes zu betragen hatte (§ 12 Nr. 6 Satz 1 Prämienfond-VO 1971). Der durchschnittliche Monatsverdienst bzw. der monatliche Durchschnittsverdienst der sich nach § 5 Abs. 3 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972 nach der Verordnung über die Berechnung des Durchschnittsverdienstes und über die Lohnzahlung (nachfolgend: 1. Durchschnittsentgelt-VO) vom 21. Dezember 1961 (DDR-GBl. II 1961, Nr. 83, S. 551, berichtigt in DDR-GBl. II 1962, Nr. 2, S. 11) in der Fassung der Zweiten Verordnung über die Berechnung des Durchschnittsverdienstes und über die Lohnzahlung (nachfolgend: 2. Durchschnittsentgelt-VO) vom 27. Juli 1967 (DDR-GBl. II 1967, Nr. 73, S. 511, berichtigt in DDR-GBl. II 1967, Nr. 118, S. 836) richtete war stets eine individuelle und gerade keine generelle (etwa alle Beschäftigten in ihrer Gesamtheit erfassende) Bezugsgröße. Zutreffend ist zwar, wie auch die Beklagte vorträgt, dass ein grundsätzlicher Rechtsanspruch des einzelnen Werktätigen auf eine Prämierung in Form von Jahresendprämie nur dann bestanden hat, wenn es der Prämienfonds ermöglichte, mindestens ein Drittel eines durchschnittlichen Monatsverdienstes für diese Form der materiellen Interessiertheit zur Verfügung zu stellen. Zutreffend ist auch, wie die Beklagte weiterhin vorträgt, dass Voraussetzung dafür war, dass Werktätige einen Rechtsanspruch auf die Leistungsprämienart Jahresendprämie dem Grunde nach hatten, dass der Betrieb erarbeitete Prämienmittel zumindest in diesem Umfang für die Jahresendprämie bereitstellte. Dass der konkrete betriebliche Prämienfond des Beschäftigungsbetriebes des Klägers in den betroffenen Jahresendprämienjahren diese Voraussetzungen konkret erfüllt, ist im konkreten Fall aber hinreichend tatsächlich glaubhaft gemacht worden, weil der Kläger sämtliche konkrete Voraussetzungen für einen Rechtsanspruch auf Jahresendprämie in den streitgegenständlichen Jahresendprämienjahren erfüllt. Die Beklagte verwischt mit ihrer Argumentation, dass die Anspruchsvoraussetzungen im konkreten Einzelfall dem Grunde nach vollständig glaubhaft gemacht worden sind, wenn sie meint, eine Glaubhaftmachung der Höhe nach von einem Drittel des durchschnittlichen Monatsverdienstes könne nicht in Betracht, weil unklar geblieben sei, ob der Prämienfond den Mindestbetrag in der Mindesthöhe überhaupt zur Verfügung gestellt habe bzw. ob der Betrieb erarbeitete Prämienmittel im Mindestumfang überhaupt für die Jahresendprämie bereitgestellt habe, mithin, ob der Kläger dem Grunde nach

Ãberhaupt Anspruch auf JahresendprÃmien gehabt habe. Deshalb beinhaltet die Argumentation der Beklagten einen unzulÃssigen, und deshalb unbeachtlichen, Zirkelschluss (sog. Ã petitio principii).

Ã

fÃr den Zeitraum ab dem Planjahr 1983 unter Geltung der am 1. Januar 1983 in Kraft getretenen PrÃmienfond-VO 1982 kann ein derartiges oder Ãhnliches Ergebnis im Hinblick auf einen individuellen Mindestbetrag einer JahresendprÃmie nicht mehr festgestellt werden. Die PrÃmienfond-VO 1982 legte einen Mindestbetrag oder eine berechenbare MindesthÃhe der JahresendprÃmie des einzelnen WerktÃtigen nicht mehr fest. Ã 9 Abs. 3 Satz 5 PrÃmienfond-VO 1982 bestimmte vielmehr nur noch, dass die einzelnen WerktÃtigen (bei ErfÃllung der fÃr sie festgelegten Leistungskriterien und bei ErfÃllung und ÃbererfÃllung der fÃr den einzelnen Betrieb festgelegten Leistungsziele) eine JahresendprÃmie annÃhernd in gleicher HÃhe wie im Vorjahr erhalten sollten. Damit wurde in der PrÃmienfond-VO 1982 abweichend von den bisherigen Regelungen der PrÃmienfond-VOen 1968, 1971 und 1972 weder eine MindesthÃhe noch eine zwingende Mindestvorgabe festgeschrieben. Insbesondere die Verwendung des Verbs âsollenâ in der vorbezeichneten Vorschrift verdeutlicht, dass zwingende oder aus bundesrechtlicher Sicht âjustiziableâ MindestbetrÃge nicht vorgegeben waren, die als generelle AnknÃpfungstatsachen gewertet werden kÃnnten. Auch eine âstatische Fortschreibungâ der zuletzt im Planjahr 1982 unter der Geltung der PrÃmienfond-VO 1972 ausgezahlten JahresendprÃmie des Einzelnen war damit nicht verbunden. Eine andere Bewertung der maÃgeblichen Sach- und Rechtslage ergibt sich auch nicht aus dem Einwand des KlÃgers, weil er fÃr das Jahr 1983 seine JahresendprÃmienhÃhe nachgewiesen habe, sei diese danach in der gleichen HÃhe weiterzuzahlen gewesen. Insoweit nimmt er zwar Bezug auf Ã 9 Abs. 2 Satz 1 PrÃmienfond-VO 1982, wonach die durchschnittliche JahresendprÃmie je VbE (= Grundbetrag je BeschÃftigten, Ã 3 Satz 1 PrÃmienfond-VO 1982) in der Regel in der gleichen HÃhe wie im Vorjahr festzulegen ist (wenn der Betrieb mit der ErfÃllung und ÃbererfÃllung seiner Leistungsziele die erforderlichen PrÃmienmittel erarbeitet hatte). Allerdings ergibt sich auch aus dieser DDR-rechtlichen MaÃgabe kein zwingender oder aus bundesrechtlicher Sicht âjustiziableâ Betrag, weil diese MaÃgabe weder an einen individuellen JahresendprÃmienbetrag des einzelnen BeschÃftigten anknÃpft, noch zwingende Vorgaben (âin der Regelâ) enthÃlt.

Ã

Soweit sich die Beklagte im Ãbrigen auf die Urteile des â seit 1. Juni 2021 nicht mehr fÃr das Recht der Zusatzversorgung zustÃndigen â 4. Senats des SÃchsischen Landessozialgerichts vom 21. April 2020 in den Verfahren [L 4 R 703/19 ZV](#) (JURIS-Dokument, RdNr. 60) und [L 4 R 461/19 ZV](#) (JURIS-Dokument, RdNr. 63) bezieht, ist darauf hinzuweisen, dass der erkennende Senat â trotz ÃberprÃfung â keinen Anlass sieht seine begrÃndete und ausgewogene Rechtsauffassung aufzugeben oder abzuÃndern. Denn die von der Beklagten zitierten Urteile des 4. Senats des SÃchsischen Landessozialgerichts setzen sich

mit der eingehend begründeten Argumentation des 5. und 7. Senats des Sächsischen Landessozialgerichts nicht auseinander, sondern gehen lediglich vom Gegenteil aus und weisen noch dazu darauf hin, dass diese Rechtsfrage in den dort entschiedenen Fällen gerade nicht entscheidungstragend war (wörtlich heißt es dort: „unabhängig von der Rechtsfrage, ob die Prämien-Verordnungen wie vom 5. Senat des Sächsischen LSG und dem Sozialgericht angenommen in den vorliegend streitigen Zuflussjahren von 1977 bis 1983 überhaupt als ausreichende Rechtsgrundlage für einen Rechtsanspruch auf Auszahlung von Jahresendprämien an den einzelnen Werkträgern in einer gesetzlich bestimmten Höhe herangezogen werden können,“). Im Übrigen behandelt der erkennende Senat die Prämienverordnungen der DDR auch nicht wie die Beklagte meint „als Rechtsgrundlage für die Auszahlung der Jahresendprämien an den einzelnen Werkträgern“; der Auszahlungsanspruch ergibt sich allein aus § 117 Abs. 1 DDR-AGB; insoweit besteht auch keinerlei Divergenz zur Rechtsansicht des 4. Senats des Sächsischen Landessozialgerichts. Gegenteiliges ergibt sich auch nicht aus dem von der Beklagten angeführten Urteil des Bayerischen Landessozialgerichts vom 24. Oktober 2019 im Verfahren [L 1 RS 2/16](#) (JURIS-Dokument). Denn auch in diesem wird neben dem lediglich fast zehnteiligen „Abschreiben“ aus den Urteilen des 5. und 7. Senats des Sächsischen Landessozialgerichts nur angeführt, dass die Prämienverordnungen keinen konkreten individuellen Anspruch des einzelnen Beschäftigten vermitteln. Davon geht noch einmal auch der erkennende Senat aus. Die Prämienverordnungen werden vom erkennenden Senat lediglich als „generelle Anknüpfungstatsachen“ bzw. als „generelle Tatsachen“ (vgl. zu diesem Aspekt nochmals: BSG, Urteil vom 30. Oktober 2014 [B 5 RS 2/13 R](#) [JURIS-Dokument](#), RdNr. 19 sowie BSG, Urteil vom 27. Juni 2019 [B 5 RS 2/18 R](#) [JURIS-Dokument](#), RdNr. 14 ff.) für die Jahresendprämienhöhe des einzelnen Werkträgers herangezogen, wenn und soweit dieser einzelne Werkträger im konkreten Verfahren aufgrund individueller Umstände glaubhaft gemacht hat, dass er im jeweils konkreten Jahresendprämienjahr die Anspruchsvoraussetzungen nach § 117 Abs. 1 DDR-AGB konkret erfüllt hatte. Einen Rechtsanspruch des einzelnen Werkträgers auf eine Prämierung in Form von Jahresendprämien aus den Prämienverordnungen nimmt der erkennende Senat entgegen der wiederholten Behauptungen der Beklagten weder an, noch leitet er ihn hieraus ab. Die Prämienverordnungen dienen lediglich als Hilfsmittel der Glaubhaftmachung der Höhe bei Glaubhaftmachung der Bezugsvoraussetzungen dem Grunde nach. Aus diesen bereits aufgezeigten Gründen kann die Beklagte auch nicht mit ihrem Hinweis auf die Urteile des Landessozialgerichts Berlin/Brandenburg vom 10. März 2022 im Verfahren L 17 R 471/19 (JURIS-Dokument, RdNr. 33 ff.) und vom 24. März 2022 im Verfahren [L 17 R 360/19](#) (JURIS-Dokument, RdNr. 37 ff.) durchdringen. Denn wie bereits dargelegt handelt es sich bei der vom erkennenden Senat angewandten Heranziehung der Prämienverordnungen (als Hilfsmittel der Glaubhaftmachung der Höhe bei Glaubhaftmachung der Bezugsvoraussetzungen dem Grunde nach) nicht um eine wie vom Landessozialgericht Berlin/Brandenburg behauptete „konservative Schätzung der Höhe der Jahresendprämie“.

Für die vorliegende Sachverhaltskonstellation haben die erläuterten Regelungen damit für die dem Grunde nach glaubhaft gemachten Planjahre 1975 bis 1982 und damit für die Zuflussjahre 1976 bis 1983 Bedeutung, weil der Kläger in diesen Jahren den Zufluss von Jahresendprämien, und damit das Vorliegen der Zahlungsvoraussetzungen, dem Grunde nach glaubhaft gemacht hat. Die Mindesthöhe ist auch konkret berechenbar, weil sich der durchschnittliche Monatsverdienst des Klägers, zwar nicht ausgehend von dem im Feststellungsbescheid der Beklagten vom 25. Juni 2004 enthaltenen, aber im Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung bestätigten Entgelten hinreichend individualisiert ermitteln lässt. Etwaigen Ungenauigkeiten bei der so zu Grunde gelegten Bestimmung des durchschnittlichen Monatsverdienstes bzw. des monatlichen Durchschnittsverdienstes, der sich nach § 5 Abs. 3 der 1. DB zur Prämienfond-VO 1972 nach der 1. Durchschnittsentgelt-VO in der Fassung der 2. Durchschnittsentgelt-VO richtete, trägt die gesetzliche Regelung des § 6 Abs. 6 AA-G hinreichend Rechnung, nach der glaubhaft gemachte Entgelte nur zu fünf Sechsteln zu berücksichtigen sind. Mit dieser Regelung sind Schwankungen die sich aus dem Durchschnittsentgelt nach Maßgabe der vorbenannten Durchschnittsentgeltverordnungen ergeben können, hinreichend aufgefangen, zumal diese Verordnungen sowohl für die Berechnung des Brutto- als auch des Nettodurchschnittsverdienstes galten (§ 1 der 1. Durchschnittsentgelt-VO) und der Berechnung des Durchschnittsverdienstes alle Lohn- und Ausgleichszahlungen zu Grunde lagen (§ 3 Abs. 1 der 1. Durchschnittsentgelt-VO), mit Ausnahme von ganz besonderen Zahlungen (§ 3 Abs. 2 der 1. Durchschnittsentgelt-VO), die ohnehin nicht Grundlage des bescheinigten Bruttoarbeitsentgelts waren (unter anderem Überstundenzuschläge, zusätzliche Belohnungen, besondere Lohnzuschläge, bestimmte lohnsteuerfreie Prämien, Untertageprämien, Ausgleichszahlungen bei Teilnahme an Lehrgängen über 14 Kalendertagen, Ausgleichszahlungen infolge ärztlich bescheinigter Arbeitsunfähigkeit sowie Entschädigungen). Anhaltspunkte dafür, dass derartige besondere Zuschläge und Prämien Bestandteil der im Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung eingetragenen Entgelte sind, ergeben sich aus keinem zu berücksichtigenden Blickwinkel.

Ä

Im vorliegenden konkreten Fall des Klägers, der auf die konkreten gerichtlichen Aufforderungen vom 4. November 2022, vom 21. Dezember 2012 und vom 3. Februar 2023 keine Entgeltbescheinigungen des früheren VEB-Arbeitgebers oder der Nachfolgeeinrichtung (die möglicherweise Grundlage der Entgeltfeststellungen der Beklagten im Feststellungsbescheid vom 25. Juni 2004 waren) vorlegen konnte, ist allerdings deutlich darauf hinzuweisen, dass die „nicht nachgewiesenen“ Arbeitsentgelte (der Beschäftigungsjahre 1975 bis 1982) im Feststellungsbescheid vom 25. Juni 2004 nicht die Grundlage einer Glaubhaftmachung nach § 6 Abs. 6 AA-G sein können, weil die Glaubhaftmachung der Jahresendprämien den Nachweis des zu Grunde liegenden Bruttoarbeitsentgeltes erfordern. Aus diesem Grund kann lediglich an die „wesentlich niedrigeren“ tatsächlich nachgewiesenen Arbeitsentgelte im Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung anknüpft werden (vgl. dazu bereits ausdrücklich: Sächsisches LSG, Urteil vom

8. September 2022 [L 7 R 108/22 ZV](#) JURIS-Dokument, RdNr. 75; Sächsisches LSG, Urteil vom 8. September 2022 [L 7 R 144/22 ZV](#) JURIS-Dokument, RdNr. 92; Sächsisches LSG, Urteil vom 6. Oktober 2022 [L 7 R 139/22 ZV](#) JURIS-Dokument, RdNr. 91; Sächsisches LSG, Urteil vom 9. März 2023 [L 7 R 488/22 ZV](#) JURIS-Dokument, RdNr. 83).

Ä

Dies zu Grunde gelegt, sind für den Kläger Jahresendprämienzahlungen für die Planjahre 1975 bis 1982 erwirtschafteten und in den Zuflussjahren 1976 bis 1983 ausgezahlten Jahresendprämien wie folgt zu berücksichtigen, wobei nochmals darauf hinzuweisen ist, dass der Kläger für das Planjahr 1975 und damit für das Zuflussjahr 1976 lediglich eine anteilige Jahresendprämie glaubhaft gemacht hat:

Ä

JEP-Anspruchsjahr	Jahresarbeitsverdienst	Monatsdurchschnitt	JEP-Mindestbetrag (= 1/3)	davon 5/6 (exakt)	JEP-Zuflussjahr
09-12/1975	2.400,00 M	200,00 M	66,67 M	55,55 M	1976
1976	6.965,00 M	580,42 M	193,47 M	161,23 M	1977
1977	7.200,00 M	600,00 M	200,00 M	166,67 M	1978
1978	7.200,00 M	600,00 M	200,00 M	166,67 M	1979
1979	7.200,00 M	600,00 M	200,00 M	166,67 M	1980
1980	6.943,00 M	578,58 M	192,86 M	160,72 M	1981
1981	7.200,00 M	600,00 M	200,00 M	166,67 M	1982
1982	7.200,00 M	600,00 M	200,00 M	166,67 M	1983

Ä Ä

c)

Weil der Kläger den Bezug (irgend-)einer Jahresendprämie für die Planjahre 1975 bis 1982 und 1984 bis 1989 in den Zuflussjahren 1976 bis 1983 und 1985 bis 1990 dem Grunde nach nur glaubhaft gemacht hat, deren Höhe aber weder nachweisen noch über die Mindesthöhe hinaus konkret glaubhaft machen konnte, kommt eine Schätzung der Höhe dieser Prämienbeträge nicht in Betracht (vgl. dazu ausführlich: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 [B 5 RS 4/16 R](#) SozR 4-8570 [Ä§ 6 Nr. 7](#) = JURIS-Dokument, RdNr. 16 ff.). Denn eine weitere Verminderung des Beweismaßstabes im Sinne einer Schätzungswahrscheinlichkeit sieht [Ä§ 6 Abs. 5 S. 1](#) nicht vor. Hätte der Gesetzgeber eine Schätzungsbefugnis schaffen wollen, so hätte er dies gesetzlich anordnen und Regelungen sowohl zu ihrer Reichweite (Schätzung des Gesamtverdienstes oder nur eines Teils davon) als auch zum Umfang der Anrechnung des geschätzten Verdienstes treffen müssen, nachdem er schon für den strengeren Beweismaßstab der Glaubhaftmachung nur die Möglichkeit einer begrenzten Berücksichtigung (zu fünf Sechsteln) ermöglicht hat. Auch aus [Ä§ 6 Abs. 5](#)

[AAÄG](#) in Verbindung mit [Â§ 256b Abs. 1](#) und [Â§ 256c Abs. 1 und 3 Satz 1 SGB VI](#) ergibt sich keine materiell-rechtliche Schätzbefugnis. Rechtsfolge einer fehlenden Nachweismöglichkeit des Verdienstes ist hiernach stets die Ermittlung eines fiktiven Verdienstes nach Tabellenwerten, nicht jedoch die erleichterte Verdienstfeststellung im Wege der Schätzung im Sinne einer Überzeugung von der bloßen Wahrscheinlichkeit bestimmter Zahlenwerte. Die prozessuale Schätzbefugnis gemäß [Â§ 287 ZPO](#), die nach [Â§ 202 Satz 1 SGG](#) im sozialgerichtlichen Verfahren lediglich subsidiär und âentsprechendâ anzuwenden ist, greift hier von vornherein nicht ein. Denn [Â§ 6 Abs. 6 AAÄG](#) regelt als vorrangige und bereichsspezifische Spezialnorm die vorliegende Fallkonstellation (ein Verdienstteil ist nachgewiesen, ein anderer glaubhaft gemacht) abschließend und lässt für die allgemeine Schätzungsvorschrift des [Â§ 287 ZPO](#) keinen Raum. Indem [Â§ 6 Abs. 6 AAÄG](#) die Höhe des glaubhaft gemachten Verdienstteils selbst pauschal auf fünf Sechstel festlegt, bestimmt er gleichzeitig die mögliche Abweichung gegenüber dem Vollbeweis wie die Rechtsfolge der Glaubhaftmachung selbst und abschließend. Eine einzelfallbezogene Schätzung scheidet damit aus. Hätte der Gesetzgeber eine Schätzung zulassen wollen, so hätte er das Schätzverfahren weiter ausgestalten und festlegen müssen, ob und gegebenenfalls wie mit dem Abschlag im Rahmen der Schätzung umzugehen ist. Das Fehlen derartiger Bestimmungen belegt im Sinne eines beredten Schweigens zusätzlich den abschließenden Charakter der Ausnahmeregelung in [Â§ 6 Abs. 6 AAÄG](#) als geschlossenes Regelungskonzept (BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 â B 5 RS 4/16 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 19). Eine Schätzung ist deshalb nur bei dem Grunde nach nachgewiesenen Zahlungen möglich (BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 â B 5 RS 4/16 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 21; BSG, Urteil vom 4. Mai 1999 â B 4 RA 6/99 R â SozR 3-8570 Â§ 8 Nr. 3 = JURIS-Dokument, RdNr. 17).

Â

3.

Die (in der Mindesthöhe in den Jahren 1976 bis 1983 glaubhaft gemachten) zugeflossenen Jahresendprämien als Arbeitsentgelt im Sinne der [Â§§ 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV](#), 6 Abs. 1 Satz 1 AAÄG waren auch nicht nach der am 1. August 1991 maßgeblichen bundesrepublikanischen Rechtslage (Inkrafttreten des AAÄG) steuerfrei im Sinne des [Â§ 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB IV](#) in Verbindung mit [Â§ 1 ArEV](#) (vgl. dazu ausführlich: BSG, Urteil vom 23. August 2007 â B 4 RS 4/06 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 4 = JURIS-Dokument, RdNr. 33-41, ebenso nunmehr: BSG, Urteil vom 15. Dezember 2016 â B 5 RS 4/16 R â SozR 4-8570 Â§ 6 Nr. 7 = JURIS-Dokument, RdNr. 13). Es handelt sich vielmehr um gemäß [Â§ 19 Abs. 1](#) des Einkommensteuergesetzes (EStG) steuerpflichtige Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit (Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und Vorteile, die für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst gewährt wurden).

Â

III.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§Â§ 183, 193 SGG](#) und berÃ¼cksichtigt anteilig das VerhÃ¼ltnis zwischen Obsiegen und Unterliegen. Wegen des Grundsatzes der Einheitlichkeit der Kostengrundentscheidung war eine einheitliche Kostenquote fÃ¼r das gesamte Verfahren zu bilden.

Â

IV.

GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision nach [Â§ 160 Abs. 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Â

Â

Â

Erstellt am: 30.05.2023

Zuletzt verÃ¤ndert am: 23.12.2024